

Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN



Pieper stellt sich

Dienstag, 5. April
Telgte
Bürgerhaus 19.30 Uhr

Mittwoch, 13. April
Vadруп
Pieser 19.30 Uhr

Liebe Telgterinnen und Telgter,

es ist wieder Wahlkampf in Telgte. Dieses Mal wird am 17. April ein neuer Bürgermeister gewählt, denn meine Amtszeit neigt sich nach sechs Jahren dem Ende zu.

Ohh, Vorsicht: Glaubt man versierten Wahlkampfstrategen, dann dürfte ich so einen Satz wie den letzten Halbsatz gar nicht aussprechen oder schreiben. Das Ende der Amtszeit anzusprechen, könnte den politischen Mitbewerber frohlocken lassen, die Wählerinnen und Wähler könnten daraus eine Amtsmüdigkeit schlussfolgern, vom Ende spricht man eben nicht.

Alles Quark, finde ich: Das Amt des Bürgermeisters wird von den Bürgerinnen und Bürgern zum Glück nur auf Zeit verliehen – und Sie alle können dann am 17. April darüber entscheiden, ob sie es mir erneut bis September 2020 übertragen wollen. Ich habe Freude an der Arbeit mit den Menschen und für die Menschen unserer Stadt und ich glaube, wir konnten

gemeinsam in den letzten sechs Jahren durchaus das ein oder andere in Telgte positiv bewegen und erreichen. Es sind aus meiner Sicht durchaus gute Jahre für Telgte, auch wenn manch einer das lieber schlecht redet.

Zurück zum sogenannten „Wahlkampf“. Da muss natürlich alles durchdacht und durchgestylt sein, es dürfen nur positive Botschaften und freudige Perspektiven übermittelt werden, der Kandidat darf nur lächeln, es muss eine Strategie her und eine Agentur und eine Kampagne...

Alles Quark, finde ich: Ich kann Ihnen doch vor der Wahl nicht Dinge versprechen, die gar nicht einlösbar sind oder hinter denen ich im schlimmsten Fall gar nicht selbst stehe. Ich stelle mich so wie ich bin mit meinen Erfahrungen und Kompetenzen, mit meiner Person und meinem Engagement für Telgte zur Wahl. Mein einziges Versprechen ist deshalb, dass ich meine Arbeit mit dem gleichen ho-

hen Einsatz und der gleichen Leidenschaft für unsere Stadt und ihre Menschen fortsetzen werde. Aber wählen und entscheiden müssen Sie, ob Sie mir das Amt noch einmal übertragen möchten.

Das nebenstehende Plakat hat in unserer Vorbereitungsgruppe kontroverse Diskussionen ausgelöst: Der Slogan „GANZ ODER GAR NICHT“ beinhaltet ja immerhin auch die Möglichkeit, dass ich „gar nicht“ weiter Bürgermeister sein könnte. Eine negative Assoziation also – und die sollte man im Wahlkampf doch tunlichst vermeiden, oder?

Alles Quark, finde ich. Der Slogan sagt doch nüchtern betrachtet nur aus, dass Sie es als Wählerin oder Wähler in der Hand haben: Entweder Sie wählen mich mehrheitlich wieder zum Bürgermeister, dann bekommen Sie mich „ganz und gar“ mit vollem Einsatz für das Amt. Oder Sie wählen mich nicht, und Sie bekommen mich eben „gar nicht“ mehr. Dann wäre

mein Einsatz für Telgte beendet. Ich persönlich fand die Idee für das Plakat ganz gut, denn sie zeigt ja durchaus die Konsequenz Ihrer Wahl auf. Wir haben das Plakat dann doch noch etwas geändert und das „... oder gar nicht“ durchgestrichen. Gestrichen wurde übrigens auch die Einschaltung einer Agentur – die wäre zu teuer gewesen...

Ich würde mir wünschen, dass ganz viele Menschen am 17. April von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und mir damit ganz deutlich sagen, ob sie meine Amtsführung als Bürgermeister gut oder schlecht finden, ob sie mir ihr Vertrauen aussprechen oder entziehen



wollen, ob sie sich weitere viereinhalb Jahre mit mir als Bürgermeister von Telgte wünschen oder eben nicht. Also: Sie haben die Wahl!

Ihr
 wolfgang pieper

Grüne Anträge zum Haushalt 2016

Berichte und Kommentare von Gerd Klünder

Personalaufstockung im Bauamt

Christophorusschule, Sekundarschule, Altstadtumbau, Gebäudemanagement, Wohnungen für Flüchtlinge, Bauleitplanung, Denkmalpflege, Grünflächen, Umweltschutz und und und. Die Aufgaben des Fachbereichs 6, Bauamt, sind schier unüberschaubar, und inzwischen ist es auch so, dass selbst beschlossene und finanzierte Maßnahmen nicht durchgeführt werden können, weil die nötigen Kapazitäten

schlicht nicht vorhanden sind.

Um diese Engstelle zu beheben oder zumindest zu verbessern, haben die Grünen eine zusätzliche Stelle im Fachbereich 6 beantragt. Stellen neu zu schaffen, ist natürlich immer kritisch, weil dadurch dauerhaft Kosten, auch für die Haushalte kommender Jahre, entstehen. Nicht so allerdings in diesem Fall. Da es in den kommenden Jahren zu mehreren al-

tersbedingten Wechseln im Fachbereich kommen wird, hätte die Stelle gegebenenfalls in dem Zusammenhang sozialverträglich wieder gestrichen werden können, wenn der Arbeitsumfang das erlaubt. Hätte hätte Mopedkette, CDU und FDP haben den Antrag abgelehnt, die SPD war sich uneinig. Der Fachbereich braucht dringend Verstärkung.



Slackline-Anlage

Eine Slacklineanlage besteht aus zwei oder mehreren fest verankerten Pfosten und einem dazwischen gespannten Balancierseil. Solche Anlagen werden von Kindern und Jugendlichen gut angenommen, sind nicht

teuer und bieten eine schöne Möglichkeit zur Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum. Auf Antrag der Grünen Fraktion sind in den Haushalt 1.000 Euro für die Anschaffung einer solchen Anlage eingestellt worden.

Etaterhöhung zur Unterhaltung der Spielplätze

Gleich drei Anträge im Finanzausschuss befassten sich mit der Ausstattung von Spiel- und Bolzplätzen, allerdings alle mit unterschiedlichen Zielen. Die Grünen hatten 10.000 Euro für die

Neuanschaffung als Ersatz für marode Spielgeräte vorgeschlagen, die CDU 10.000 für eine bessere Unterhaltung von Spielplätzen und die FDP 10.000 Euro für einen neuen Bolzplatz.

Diese drei Anträge wurden zusammengefasst und in den Haushalt zusätzliche 20.000 Euro für Spiel- und Bolzplätze eingestellt. Die CDU enthielt sich, weil ihr das zu viel war.

Behindertentoilette am Knickenbergplatz

Um die öffentliche Behindertentoilette am Knickenbergplatz auch nachts zugänglich zu machen, muss diese mit einem speziellen Schloss ausgerüstet werden, das mit einem „Euroschlüssel“ geöffnet werden kann, sowie mit einer Notrufanlage. Die Umrüstung kostet 4.000 Euro und die zusätzlichen jährlichen Kosten durch die Notrufanlage ca. 500 Euro. Der Betrag von 4.500 Euro wurde auf Antrag der Grünen in den Haushalt eingestellt. So bekommen wir eine Behindertentoilette, die rund um die Uhr genutzt werden kann.

Vielleicht noch wichtiger wäre aber eine entsprechende Anlage direkt am Busparkplatz, da sich auch Menschen mit Handicap vorzugsweise erleichtern, wenn sie aus

dem Bus kommen. Nach Erfahrung und Auskunft von Bauamtsleiter Ginski, sind solche Anlagen schlecht integrierbar in bestehende Häuser, weil sich immer Interessenskonflikte ergeben. Die Lösung wäre also so ein Edelstahltpi, wie wir es aus

anderen Städten kennen, das aber natürlich teuer ist und in diesem Jahr nicht realisiert werden kann. Wir bleiben dran.



Bewegungsparcours

Als Ersatz für die aus der Mode gekommenen Trimm-Dich-Pfade werden in vielen Städten und Gemeinden inzwischen im öffentlichen Raum Bewegungsparcours aufgebaut, die mit randalesicheren Fitnessgeräten ausgestattet sind. Wichtig ist auch dabei der soziale Aspekt, da solche Geräte von unterschiedlichen Altersgruppen

genutzt werden können. Und weil sie im öffentlichen Raum rumstehen, sprechen sie eben Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren an, sich „by the way“ zu bewegen. Der Antrag der Grünen, 10.000 Euro für einen ersten Anfang eines solchen Parcours in den Haushalt einzustellen, wurde leider abgelehnt.

Müllvermeidung als Ziel

Eine wesentliche Neuerung im „Neuen kommunalen Finanzmanagement“ (NKF), der Logik, nach der seit einigen Jahren die Haushalte in den Kreisen, Städten und Gemeinden aufgestellt werden, liegt in der Benennung von Kennzahlen und Zielen zu den einzelnen „Produk-

ten“. Die Grünen haben unter dem Titel „Müllvermeidung als Ziel begreifen“, die Aufnahme der „Prämisse der Schonung natürlicher Ressourcen“ in die Ziele bei der Entsorgung beantragt. Das Ziel ist mit den Stimmen von Grünen, SPD und FDP beschlossen worden.

Toilettenanlage in der Marienschule

Seit Jahren steht die dringend notwendige Sanierung der Toilettenanlage in der Marienschule auf der Agenda und jedesmal ist sie den Haushaltsberatungen zum

Opfer gefallen. In den letzten beiden Jahren hatten die Grünen die Aufnahme in den Haushaltsplan beantragt, erfreulich nun, dass Anträge von SPD und FDP

in diesem Jahr das Anliegen der Marienschule stützten. Obwohl die derzeit geschätzten Kosten mit 145.000 Euro wesentlich höher liegen als in beiden Anträgen vermu-

det, wurden die notwendigen Mittel mit den Stimmen von Grünen, SPD und FDP beschlossen.

Hoffen wir, dass die umfangreiche Maßnahme in

2016 auch durchgeführt werden kann, trotz der Engpässe im Bauamt und einer wahrscheinlichen Haushaltsperre.

Verdrehte Telgter Finanzpolitik

CDU und FDP stellen ungedeckte Schecks aus

Die „Mittelfristigen Finanzplanung“, die voraussichtliche Entwicklung der städtischen Finanzen für die Jahre 2017 bis 2020 also, spielt bei den Haushaltsberatungen eine Rolle, weil daraus hervorgehen muss, dass die Defizite von zwei aufeinander folgenden Jahren nicht das Eigenkapital der Stadt um jeweils mehr als 5 Prozent verringern, um die Haushaltssicherung zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Verwaltung auf der Grundlage der prognostizierten Einnahmen und Ausgaben die Anhebung der Grundsteuern vorgesehen. CDU, FDP und leider auch SPD haben dieses Problem beseitigt, indem sie auf der Einnahmeseite die Zuwendungen des Landes für die Unterbringung von Flüchtlingen um eine Million Euro erhöht, und auf der Ausga-

benseite die Kosten für die gesundheitliche Versorgung für Flüchtlinge, zunächst um 200.000 und dann, als das am Ende immer noch nicht passte, um weitere 50.000 Euro gekürzt haben.

Auf der Einnahmeseite wären 700.000 Euro nach neuesten Zahlen vermutlich sogar realistisch. Dennoch klafft jetzt ein Loch von saten 550.000 Euro, das uns mit Sicherheit auf die Füße fallen und zu einer weiteren Haushaltssperre führen wird. Eine ähnliche Nummer haben die selben Fraktionen bereits im vergangenen Jahr gebracht, als sie die zu erwartenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer aus „optimistischen Gründen“ um 200.000 Euro per Beschluss hoch gesetzt haben. Auch das hat nicht geklappt und der Stadt die Haushaltssperre eingebracht, durch die sie viele beschlos-

sene Leistungen für die Menschen und Verbände in Telgte nicht erfüllen konnte.

Die SPD versuchte wenigstens noch einen Kompromiss und beantragte, die Hebesätze für Grundsteuern um 30 Punkte zu erhöhen und damit das Ergebnis wenigstens um 200.000 Euro zu verbessern, was einen durchschnittlichen Haushalt in Telgte um 22 Euro pro Jahr belastet hätte. Aber auch das wurde von CDU und FDP abgelehnt.

So sieht nun also die angeblich so seriöse Finanzpolitik unserer bürgerlichen Parteien aus! Dahinter steht allerdings ein ganz anderes Kalkül: Die absehbare Haushaltssperre wird nämlich die ganzen netten Kleinigkeiten kassieren, mit denen man/frau sich jetzt erstmal gerne schmückt.



Rasenmäherprinzip der CDU

Im Finanzplan der Stadt befindet sich eine Position, die sich „Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen“ nennt und auf die einer der schwierigsten Anträge der CDU zielte. Die Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen belaufen sich auf 7,1 Millionen Euro, und die CDU hatte beantragt, diesen Betrag pauschal um fünf Prozent zu kürzen. Schwierig ist daran vor allem, dass vier dieser 7,1 Millionen gar nicht beweglich sind, weil sich darunter viele Pflichtaufgaben befinden, bei denen teilweise nur Geld des Landes „durchgeleitet“ wird, sowie die gebührenpflichtigen Aufgaben, Müllentsorgung, Friedhofswesen, Straßenreinigung und dergleichen.

Die geforderten 350.000 Euro hätten also aus den restlichen 3 Millionen geschnitten werden müssen, wobei auch dort Positionen den Großteil ausmachen, die realistisch nicht gekürzt wer-

den können. Das Gebäudemanagement schlägt hier mit über einer Million zu Buche, die Unterhaltung von Plätzen und Wegen mit einer halben Million und so weiter. Am Ende hätte das Geld bei wenigen kleinen Einzelposten zusammengekratzt werden müssen, was vieles kaputt gemacht hätte. Die CDU bestand trotz dieser Informationen auf Abstimmung über den Antrag – ohne konkret benennen zu wollen, was sie denn jetzt als Kürzung verantworten wollte. Wir waren erleichtert, dass auch die SPD dagegen stimmte und die FDP sich enthielt. Mit sechs zu sechs Stimmen wurde der Antrag somit abgelehnt.

Ein solcher Antrag ist natürlich immer besonders feige, weil am Ende der Bürgermeister herumlaufen und die schlechten Nachrichten überbringen muss, während die Verursacher nicht die politische Verantwortung übernehmen.

Radwegsanierung in Westbevern

Einstimmig beschlossen wurde die schon lange geforderte Sanierung des Radweges in Westbevern am Ortsausgang nach Vadrup.

Hierfür wurden 50.000 Euro eingestellt. Auch diese Maßnahme dürfte der von CDU und FDP programmierten Haushaltssperre zum Op-

fer fallen. Die WN schrieb schon: „Radweg wird saniert.“ Dat Pöggskén hält dagegen!



Verkehrsberuhigung an der Dicken Linde

Um die Geschwindigkeit des motorisierten Verkehrs an der „Dicken Linde“ herabzusetzen, haben die Grünen beantragt, 5.000 Euro für „Berliner Kissen“ in diesem Bereich in den Haushalt

einzustellen. Die teils hohe Geschwindigkeit, mit der Autos vom Müntertor in die Winkhausstraße oder in Richtung Innenstadt fahren, verunsichert vor allem ältere FußgängerInnen, die die

Straße vom Vogelviertel zur Innenstadt queren wollen und bringt Gefahr für SchülerInnen, die mit dem Fahrrad aus dem Hagen kommen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Sozialarbeiterstelle

Zwei zusätzliche Stellen für die Flüchtlingsarbeit wollte die SPD einrichten und wies dabei darauf hin, dass in größeren Städten die Regel gilt, dass für je 50 Geflohene zur Betreuung eine zusätzliche Kraft eingestellt wird, wovon wir in Telgte natürlich weit

entfernt sind. Der Argumentation konnten die Grünen folgen, weshalb sie sich mit der SPD auf die Forderung nach wenigstens einer Stelle einigten. Leider wurde auch das von CDU und FDP abgelehnt.

Wartehalle am Bahnhof

Um die Wartehalle am Bahnhof in einen guten Zustand zu versetzen und vor allem die Akzeptanz eines ordentlichen Zustands zu erhöhen, haben die Grünen vorgeschlagen, daraus ein Jugendprojekt zu machen. Der

Finanzausschuss folgte diesem Vorschlag und hat 1.000 Euro dafür in den Haushalt eingestellt. Die CDU enthielt sich dabei. Gewahrt werden müssen die Urheberrechte der bisherigen künstlerischen Gestaltung.

Haushalt 2016 – zwischen Schildbürgerstreich und Wahnsinn

Wackeligster Haushalt in der Geschichte Telgtes gegen die Stimmen von Grünen und SPD beschlossen

Rede zum Haushalt 2016

Lieber Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herrn der Verwaltung und des Rates,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

nun haben wir ihn wieder vor uns, den Haushalt für das aktuelle Jahr. [] Er hat schon bei der Aufstellung durch die Verwaltung auf viele sinnvolle und auch notwendige Pläne verzichtet. Nur so ließe er sich genehmigungsfähig darstellen.

Was ist drin?

Aber zunächst: Der Haushalt der Stadt Telgte 2016 – was ist drin []? Bei einem Volumen von 40 Millionen Euro wohl eine ganze Menge! Die Erweiterung des Gewerbeparks Kiebitzpohl. Dies ist ein wichtiger Schritt, [] das bedeutet Arbeitsplätze und mehr Gewerbesteuer-einnahmen.

Die behutsame Ausweitung von Baugebieten in Telgte Stadt und den Ortsteilen ist auf den Weg gebracht [], um im Zuge des demographischen Wandels jungen Familien und Neuzuzügen eine Perspektive zu bieten.

diese Herausforderung wird weiter anhalten, sie hat historische Ausmaße und wird unser Zusammenleben verändern. []

Auch im Bereich der Schulen wird wieder viel Geld in die Hand genommen. Doch [] gerade hier zeigt sich, dass der Haushalt weit entfernt von einem „Wünsch-dir-was-Konzert“ ist! []

Finanzierung

Aber woran liegt das? Hier möchte ich aus dem vorgelegten Haushalt zitieren: „Um die kommunalen Aufgaben auch weiterhin dauerhaft erfüllen und finanzieren zu können und die Belastung für die Einwohner und Einwohnerinnen durch Steuererhöhungen auf einem angemessenen Niveau halten zu können, ist es zwingend erforderlich, auch weiterhin alle Aufgabenbereiche auf ihren Zweck und mögliche Einsparpotentiale hin zu

„Zwei mal drei macht vier widdewiddewitt und drei macht neune“

Erster Versuch: Die Erstattungskosten für die Flüchtlingsunterbringung werden [] hoch gesetzt, die Gesundheitskosten für die Flüchtlinge dagegen heruntergerechnet []. So erreicht man plötzlich in der mittelfristigen Finanzplanung rechnerisch einen Puffer zur Fünf-Prozent-Hürde in Höhe von gut 100.000 Euro. Damit empfehlen CDU und FDP, den Haushalt der Stadt über das „Prinzip Hoffnung“ zu berechnen. Das haben wir in unserem Matheunterricht nicht gelernt. Wir nutzen die konservativen Methoden des Addierens und Subtrahierens. Das ist seriöser und realistischer.

In jedem Fall ist die Rechenoperation „Prinzip Hoffnung“ im letzten Jahr schon nicht aufgegangen. []



der CDU auf die Haushalts-sperre im vergangenen Jahr, der Bürgermeister habe ja gezeigt, dass es geht, ist entlarvend. Wir hätten uns gewünscht, dass die CDU dann in diesen Beratungen auch konkret diejenigen Projekte benennt, die sie für überflüssig halten. []

Aber die CDU hat sich gescheut, mit ihrem Kürzungsvorschlag Farbe zu bekennen und wollte diesen absehbaren Job der Verwaltung im Laufe des Jahres überlassen. Das ist doch ein wenig feige und wir sind froh, dass die anderen Parteien diesen Weg nicht mitgegangen sind.

[]

Mit dem Haushalt 2016 liegt uns also ein denkwürdiges Werk vor, sehr geehrte Damen und Herren! Da legt die Verwaltung unter der Leitung des Grünen Bürgermeisters Wolfgang Pieper einen „auf Kante genähten“ Haushaltsplan vor, der drei Ziele verfolgt:

Erstens, die laufenden und mehrheitlich oder oft einstimmig beschlossenen Projekte weiter voran zu treiben, die unsere Infrastruktur nachhaltig zukunftsträchtig aufstellen sollen.

Zweitens, und auch das ist im Rat glücklicherweise

unstrittig, den zusätzlichen Herausforderungen wachsen zu sein, die die Unterbringung und Versorgung von durch Krieg und Terror vertriebenen Menschen nun mal mit sich bringt. []

Drittens, [] das Abrutschen in die Haushaltssicherung zu vermeiden und so die politische Selbstbestimmung der Stadtgesellschaft zu erhalten.

Klingt eigentlich perfekt: Drei Ziele, die nicht strittig und durch den Entwurf abgedeckt sind. [] Gerade in unserer Situation, [] müssen Verwaltung und Rat im Interesse der ganzen Stadt für Sicherheit in der mittelfristigen Finanzplanung sorgen. []

„ich mach mir die Welt, worldwide wie sie mir gefällt.“

Und hier kommt dann die oben schon angesprochene Kreativität von CDU, FDP und SPD ins Spiel: Der Rat beschließt [] höhere Einnahmen und niedrigere Ausgaben [] und schwuppdwupp, weg ist das Problem. Das ist eindeutig keine seriöse Finanzpolitik!

[] Im vergangenen Haushaltsjahr wurde ebenfalls der

» Ich wähle Wolfgang Pieper, weil er offen und zugewandt grüne Politik für Telgte macht, und sie auch lebt. Er ist kompetent und auch authentisch. «

Gabi Moritz

Die Feuerwehr kommt mit der Anschaffung eines Rüstwagens und der anteiligen Bereitstellung von Mitteln für ein, einsatztaktisch notwendiges, Großtanklöschfahrzeug im TEO-Verbund, wieder einen Schritt weiter [] .

In einer nie dagewesenen Größenordnung beinhaltet der Haushalt der Stadt Ausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der zu uns geflüchteten Menschen. Dies hat die Stadtverwaltung und viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in einem Maß gefordert, das vor einem Jahr so absolut nicht absehbar war. Und

überprüfen und diese auch auszuschöpfen. []“

Und auch keine Kommune verkraftet es, wenn die Kreisumlage mal eben um zehn Prozent steigt. Wir sollten akzeptieren: Es finden sich keine unsinnigen Aufgaben im Haushalt. Im Gegenteil, es werden bereits wichtige Dinge zurückgestellt. []

Somit ist das Problem die Einnahmenseite, die auf kommunaler Ebene nur mit Steuererhöhungen zu verbessern ist. Damit kann man nun nicht so gut in der Öffentlichkeit punkten, so schrauben die anderen Parteien an den größten Ausgabenposten herum.

Insofern müssten sie eigentlich gelernt haben, den Berechnungen der Verwaltung mehr zu vertrauen. Oder buchen sie Urlaub, den sie ohne Gehaltserhöhung nicht bezahlen können?

Zweiter Versuch: Der Vorschlag der CDU, [] eine pauschale Kürzung von fünf Prozent der Sach- und Dienstleistungsausgaben. [] Bei genauerem Hinsehen hätte auch die CDU erkannt, dass Einsparungen in erster Linie nur im Bereich Bildung möglich gewesen wären. Und das wäre den Telgter Schulen und Kindergärten nicht zumuten!

Besonders der Verweis

Pieper wählen heißt ... wählen

Eine Bilanz

Was fällt Ihnen ein, liebe Leserin, lieber Leser, wenn Sie gefragt werden, was unser Bürgermeister in den letzten fünf Jahren für Telgte geleistet hat? Vermutlich viel von dem, an das ich mich auch erinnere. Vielleicht kann ich Ihnen aber bei einigen Aspekten im Sinne eines „Ach - ja!“ - Effektes auf die Sprünge helfen.

Es gibt einige Projekte, die im Stadtbild deutlich erkennbar sind: Da denken wir an die Feuerwehrleute, die nach Jahren der Vertröstung endlich im letzten Sommer ein angemessenes Domizil für die Rettungswache und Feuerwehraufgaben bekommen haben. Auffällig: Von den damals laut gewordenen Befürchtungen und Beschwerden aus der Nachbarschaft ist wenig übrig geblieben. Nicht zuletzt darf man daran erinnern, dass ein anderer geeigneter Standort, z. B. im Sondergebiet Orkotten-West, mehr als eine Million Steuer-gelder extra wegen des Grunderwerbs gekostet hätte.

Das Integrierte Handels- und Entwicklungskonzept hat dazu beigetragen, dass Einzelhandel und Discoun-

ter sich in der Altstadt und an der Straße Orkotten konzentrieren. Dass neben der Entwicklung in Orkotten-Ost nun auch an der Westseite sich Vollsortimenter und Discounter tummeln, war städtebaulich nicht geplant, ist allerdings wohl der Interessenlage eines Einzelnen geschuldet, der sich gegen den Kreis Warendorf und

auch auf die „weichen Standortfaktoren“, z. B. das kulturelle Angebot im Bürgerhaus und die Schullandschaft.

Die unter Wolfgangs Ägide gegründete Sekundarschule erfreut sich hoher Anmeldezahlen – obwohl der von Vielen gewünschte optimale Ausbau mit barrierefrei erreichbarer Mehrzweckhalle plus Selbstlernzentrum man-

» Wir wählen Wolfgang Pieper, weil er sich mit Herz und Verstand für unsere Stadt einsetzt. «

Sabine und Michael Lehmkühl

die Stadt Telgte durchsetzen konnte. Gegenwärtig wird der Gildeweg städtebaulich aufgewertet: Er wird für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen mehr Komfort bieten. Abschließbare Fahrradstellplätze werden die Benutzung der Bahn nach Münster und Bielefeld begünstigen.

Telgte wächst. Die anhaltend große Nachfrage nach Wohnbau- und Gewerbeflächen zeugt von der Attraktivität, die Telgte als Wohnort wie auch als Standort für Gewerbetreibende hat. Und die setzen neben der günstigen verkehrlichen Erschließung

gels finanzieller Masse derzeit noch nicht verwirklicht werden kann. Das pädagogische Konzept, das Differenzierung nach Anforderungen und Kenntnisvoraussetzungen erlaubt, überzeugt.

Die Grundschüler werden gleichmäßig über Telgte und Westbevern verteilt, wobei Westbevern-Dorf mittelfristig der Grundschulstandort auch für Vadruper Grundschülerinnen sein wird. Wesentlich neben den äußerlich sichtbaren, quasi zu Architektur gewordenen Ideen zur Stadtplanung, ist die demokratische Kultur, die sich seit 2010 entwickelt hat.

Bei der Planung der o. a. Projekte wurde die Bürgerschaft frühzeitig einbezogen. Endlos die Zahl der Workshops und Beteiligungsverfahren, die bei Änderungen in Baugebieten, bei größeren städtebaulichen Projekten, bei der Integration von Flüchtlingen, bei der barrierefreien Gestaltung der Altstadt durchgeführt wurden.

Wolfgang Pieper hat Fachplaner*innen, Bürger*innen und politische Vertreter*innen frühzeitig in die Planungen einbezogen.

Was passiert weiter? Eine große Herausforderung der nächsten Jahre wird die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen sein. Dass die bisher ohne Konfrontation mit Ängsten in der Bevölkerung geklappt hat, ist ein Verdienst zahlreicher ehrenamtlicher Helfer*innen, namentlich der bei „Zusammen-ist-besser“ Organisierten, aber nicht zuletzt des Bürgermeisters, der es geschafft hat, die Idee von



der dezentralen Unterbringung zu verwirklichen.

Jedes System birgt Schwierigkeiten, wenn es zu groß wird. Das gilt insbesondere für das Zusammenleben größerer Menschengruppen, die ethnische, religiöse und kulturelle Merkmale voneinander trennen. Die syrische Großfamilie, die vor dem Krieg in ihrem Heimatland nach Deutschland geflohen ist, verträgt sich vielleicht nicht optimal mit zwanzig Junggesellen aus dem Irak oder Albanien. Sie in Frieden miteinander leben zu lassen, ist haarscharf die Aufgabe von Kommunalpolitik und eines Bürgermeisters, der dazu Vorschläge unterbreitet.

Wir können, liebe Leserin, lieber Leser, mit unserem Bürgermeister absolut zufrieden sein. Es gibt überhaupt keinen Grund, ihn durch jemand anderen zu ersetzen. Und darüber entscheiden Sie am 17. April 2016.

Bernhard Drestomark

Fortsetzung von Seite 4

Ansatz der Gewerbesteuer-einnahmen per Beschluss [] erhöht und auch das hat nicht funktioniert und der Stadt eine Haushaltssperre ab Spätsommer eingebracht. Die Wiederholung dieses Zauberkunststückes als Schildbürgerstreich zu bezeichnen, scheint mir zu schwach und zu verharmlosend.

Einsteins Definition von Wahnsinn, immer wieder das gleiche zu tun und dabei andere Ergebnisse zu erwarten, erscheint mir in dem Zusammenhang vielleicht etwas zu hart. Tatsache ist aber, dass sie damit auch in diesem Jahr sehenden Auges eine Haushaltssperre programmieren und die Stadt durch die mittelfristige Finanzplanung der Gefahr aussetzen, doch in die Haushaltssiche-

rung zu rutschen.

Ihre Verantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP!

Eine Haushaltssperre, auch das muss hier deutlich gesagt werden, wird die zusätzlichen Maßnahmen wieder einkasieren, die sie sich eben in Ihrer Rede an den Hut gesteckt haben. Und so bekommen wir nicht nur einen Haushalt, den wir, die Grüne Fraktion, ablehnen und den gleichwohl unser Bürgermeister wird ausführen müssen, sondern wir werden Ihnen im Interesse der Stadt für ihren waghalsigen Poker auch noch die Daumen drücken.

Sabine Grohnert
Fraktionssprecherin B 90/Die Grünen

Die gesamte Rede ist unter gruene-telgte.de nachlesbar.

Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte
Fahrräder 2016

GREENS - Westminster
3-Gang Nabendynamo



Kommen Sie zur Probefahrt - Wir beraten Sie gern und unverbindlich!

Service und Reparatur
Für uns selbstverständlich

Glas · Porzellan · Fahrräder
VOGT
48291 Telgte · Ritterstraße 47

Tel. 0 25 04 / 21 96 · Fax 0 25 04 / 773 77

Geänderte Geschäftszeiten
Di, Do + Fr 9.00 - 13.00 Uhr
u. 14.30 - 17.00 Uhr
Mo + Mi 9.00 - 13.00 Uhr
Sa 9.00 - 12.00 Uhr

**Urlaub
& Pflege**

Reisen mit:

- ✓ Fachpflege rund um die Uhr
- ✓ Mobilitätshilfe
- ✓ 1:1 Betreuung

Fordern Sie unseren Prospekt an
oder informieren sich im Internet:

Urlaub & Pflege e.V.
Voßhof 10
48291 Telgte

Tel.: 02504 - 73 96 043

Mail: post@urlaub-und-pflege.de
Home: www.urlaub-und-pflege.de

Wohin?

Flüchtlingsunterkünfte in Telgte gesucht

Wohin? - fragen sich in diesen Zeiten viele Menschen aus verschiedenen Ländern.

Wohin... wenn das eigene Haus ausgebombt wurde, wenn die Kinder keine Perspektive haben, wenn sie um ihr Leben fürchten, wenn man Angehörige verloren hat? Wohin... wenn es keine Chance auf Arbeit gibt und nur Aussicht auf ein sorgenvolles oder gefährdetes Leben? Die konkrete Antwort auf das wohin? entscheidet sich nicht in der Heimat, sondern erst im Laufe einer häufig gefährlichen und langwierigen Flucht. Niemand der hier gestrandeten Menschen hat die Frage vorher mit „Telgte“ beantwortet, aber nun sind sie hier angekommen. Wohin? - fragen sich als nächstes die Verantwortlichen in der Verwaltung, die für die Stadt Telgte die Unterbringung organisieren müssen.

Inzwischen leben in Telgte über 450 Flüchtlinge in ca. 70 Wohnungen, die ihre Bleibe dezentral über das Stadtgebiet verteilt gefunden haben. Der Zustrom der letzten Monate hat aber die Frage nach Unterkünften deutlich verschärft. Die kleinen Einheiten, also Wohnungen für Familien oder Wohngemeinschaften sind kaum noch auf dem Markt anzumieten. Insofern muss-

te die Verwaltung improvisieren: Eine Turnhalle als erste Unterkunft, bis weitere Möglichkeiten geschaffen sind; ganze Familien, die sich jetzt in einer Wohnung ein Zimmer teilen müssen. Die Antworten auf das wohin in Telgte? müssen allerdings mittelfristig anders aussehen, da die Turnhalle wieder zur Verfügung stehen muss und beengte Möglichkeiten

ein Ankommen, einen geordneten Alltag, ein Zur-Ruhe-Kommen kaum möglich machen – und Konflikte nach sich ziehen.

Der Bau von Häusern, die Suche nach Unterkünften für mehr Personen ist die notwendige Konsequenz aus der aktuellen Misere. Die Antwort der Telgter Bevölkerung auf das Wohin scheint aber, je näher sich eine gefunde-



Kinder in einer Telgter Flüchtlingsunterkunft

ne Lösung am eigenen Haus befindet, häufig in einem „Ja, aber...“ zu bestehen. Ob die Diskussion im Telgter Süden oder in Westbevern: Die Flüchtlinge werden zudem aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Geschlechts in gute und schlechte Migranten eingeteilt. Wenn schon, dann bitte weniger von ihnen, eher echte Kriegsflüchtlinge wie Familien aus Syrien und keine nordafrikanischen Männer. Und alle Entscheidungen bitte nur nach vorheriger Zustimmung im Wohnquartier.

Bezogen auf die Frage des Wohin und der Unterkünfte in Telgte kann man aber von allen Betroffenen eine gesamtstädtische Mitverantwortung erwarten: Es gibt eine gesetzliche Verpflichtung, diese Menschen unterzubringen und zwar so menschenwürdig wie möglich. Der Bürgermeister ist mit der Verwaltung verantwortlich, dass dies auch gelingt – auch unter finanziellen Gesichtspunkten. Hier ist der Bau der Häuser wirtschaftlich zu kalkulieren. Bei Anmietungen sind auch Vertragsverhandlungen an der Tagesordnung, über die man weder vor schnell berichten sollte noch der Anwohnerschaft zur Abstimmung geben kann. Sich für die eigenen Interessen einzusetzen ist in Ordnung. Jede abgelehnte oder verkleinerte Lösung verlangt aber auch nach adäquaten und für die Stadt bezahlba-

ren Alternativen, die gerade nicht großzügig zur Auswahl stehen. Und niemand kann abschätzen, wie viele Menschen in diesem Jahr noch zusätzlich nach Telgte kommen werden. Die Dringlichkeit der Situation kann nicht (immer) auf Konsens-Entscheidungen und demokratischen Prozesse beruhen, sonst werden nämlich die aktuellen Improvisationen noch unangenehmer für alle Beteiligten. Und das ist keine gute Voraussetzung für Integration.

Wir tun gut daran, die ankommenden Menschen kennen zu lernen, bevor wir über sie urteilen. Es gibt inzwischen bei den Ehrenamtlichen von Z.i.B. und den Mitarbeiter/innen der Stadt viele Erfahrungen und know-how, das genutzt werden kann. Wir sollten uns erinnern, dass die Menschenwürde unabhängig von Herkunft oder anderen Kriterien gilt. Ja, das Zusammenleben wird komplizierter, es gibt Konflikte, sehr unterschiedliche Kulturen, Lebensweisen und Einstellungen. Aber es kann auch für uns Gewinne geben: Interessante Menschen kennen lernen, freundliche Nachbarn bekommen, neue Sprachen lernen, bei einem Besuch die eigene Hektik reduzieren, bereichernde Lebensgeschichten erfahren – und hoffentlich die Einsicht gewinnen, wie gut es uns hier geht.

Katja Müller (Text und Foto)

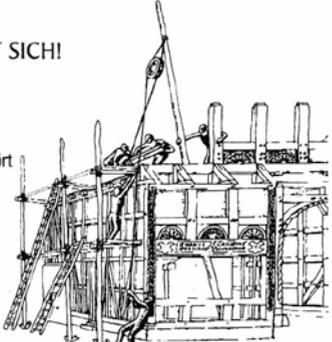
» Ich wähle am 17. April Wolfgang Pieper zum Bürgermeister, weil er sich wirklich für die Bürger Telgtes durch alle Altersklassen hindurch stark macht und sich Zeit für sie nimmt, sich für gute Lebensbedingungen der Flüchtlinge einsetzt, die Probleme anspricht und einfach sehr glaubhaft dabei ist. «

Claudia Stricker

ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!

Wir restaurieren für Sie:
Fachwerk, Gauben, Dachstühle
Alles was zu einem betagten Haus gehört

Wir bauen und entwerfen für Sie:
Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,
und vieles mehr, fragen Sie uns



Zimmerei • Restaurierung
KLAAS STIEGEMEIER - OEHLEN
Tel.: 02504 - 5959 in Telgte

Grüne News aus Telgte

Jede Woche aktuell
und auf den Punkt!

Kostenlos per E-Mail.
Anmeldung unter

gruenewelle@gruene-telgte.de



Bild: g.k.

Hier ein aktuelles Bild der entstehenden Flüchtlingsunterkunft am Finkenweg.

Denk mal. Schutz.

Müssen Denkmäler schön sein?

Den britischen Satz „My home is my castle“ würden unbesehen auch die meisten Deutschen unterschreiben und sich instinktiv dagegen verwahren, dass der Staat da irgendwie hinein regiert.

durch das Denkmalschutzgesetz des Landes Nordrhein Westfalen von 1980 in seinem Bestand so zu sichern sind, dass bauliche Veränderungen einer Genehmigungspflicht unterliegen.



Und ohne Zweifel ist das Eigentumsrecht in Deutschland ein hohes Rechtsgut und deshalb grundgesetzlich abgesichert. Gleichzeitig betont das Grundgesetz in Artikel 14.2 „Eigentum verpflichtet“. Es existiert nicht im privaten luftleeren Raum, sondern auch in der Gesellschaft, in der es liegt.

Gebäude, Stein gewordene Architektur-Ideen, geben im öffentlichen Raum Zeugnis von Kultur und Zivilisation einer Epoche. Und da muss es erlaubt sein, besonders markante Beispiele zu erhalten und sie unter Schutz zu stellen, das heißt, dass sie nicht ohne Genehmigung verändert, geschweige denn, abgerissen werden dürfen.

Bleibt die Frage, auf welche Gebäude und städtische Ensembles das Merkmal: „bedeutend für die Architektur und Siedlungsgeschichte eines Ortes“ zutrifft, so dass sie

Niemand wird Einwände erheben, wenn der Prinzipalmarkt in Münster, der Stephansdom in Wien, die Liebfrauenkirche in München als Denkmäler geschützt werden. Sogar Gebäude und Plätze, die von einer unseligen Vergangenheit künden, sind erhaltenswert, wie die Kongresshalle auf dem Reichsparteitagsgelände der Nationalsozialisten in Nürnberg. Auch Plattenbauten aus DDR-Zeiten sind zum Teil unter Denkmalschutz gestellt.

Beispiele aus Telgte: Die ehemalige Johanneskirche. Sie wurde vor einigen Jahren profaniert, ist seither als Raum für die Feier der heiligen Messe nicht mehr zugelassen. Derzeit findet ein Umbau zu einem neuen multifunktionalen Gemeindehaus mit Räumen für die Kindertagesstätte statt. Die Gebäudehülle bleibt erhalten;

Fenster werden verändert, damit das Haus den neuen Anforderungen genügt.

Musste das Gebäude erhalten werden, obwohl der eigentliche Zweck, Gotteshaus, bzw. ein Haus des Gebetes und christlicher Feste zu sein, entfallen ist? Darüber lässt sich trefflich streiten. Die Denkmalschutz-Abteilung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe hat durch fachliche Begutachtung entschieden, dass das Gebäude auch unter neuer Zweckbestimmung erhaltenswert ist, da es eine ansonsten selten vorkommende fünftürmige Struktur aufweist.

Entscheidend für die Unterschutzstellung ist, dass eine Epoche der Geschichte oder Architektur abgeschlossen ist. Die Aussage „erhaltens- und schützenswert“ gelte auch, wenn in den umliegenden Gemeinden ein ähnlicher Kirchenbau anzutreffen wäre. Das bedeutet, dass die Annahme falsch ist, die Johanneskirche wäre kein Denkmal, wenn in der näheren Umgebung ähnliche Kirchenbauten stünden. Die wären dann eben nicht bedeutend für die Geschichte von Telgte, sondern von Everswinkel oder Sendenhorst. Außerdem könnte ansonsten jeder sagen, man solle doch bitte das Denkmal beim Nachbarn schützen und nicht das eigene. Dann bliebe unter Umständen kein einziges Denkmal erhalten.



Gegenwärtig haben Rat und Verwaltung die Unterschutzstellung der Marienschule auf dem Tisch.

Ist die Marienschule, in den fünfziger Jahren mit den geringen Mitteln der Nachkriegszeit errichtet, für die Nachwelt erhaltenswert? Jemandem, der diese Jahre als Kind miterlebt hat, assoziiert bei dem Gedanken sicher genau so viel Strenge wie Muff und Kargheit - Abreißen

würde nicht schaden, wenn das Geld für einen modernen Glaspalast vorhanden wäre.

Das Amt für Denkmalpflege urteilt anders: Erhaltungswert; charakteristisch für die Schulbauten der Epoche. So zeichnet sich ab, dass in zehn bis fünfzehn Jahren darüber zu befinden sein wird, ob Gebäude wie das Telgter Rathaus, die man zur Zeit ihrer Entstehung in den 70-er Jahren als Ausdruck von Phan-

tasielosigkeit eingestuft hat, schutzwürdig sind. Und diese Frage wird vermutlich diskutiert, auch wenn sich in der Nähe (Laurentianum in Warendorf; Landesbausparkasse in Münster, Commerzbank in Dortmund) Werke des gleichen Baustils befinden.

Bernhard Drestomark (Text u. Fotos)

Nachruf



Wir trauern um unseren Freund und politischen Wegbegleiter **Wolfgang Woltering**

Über viele Jahre unterstützte er mit seiner fachlichen Kompetenz und einem unermüdlichen Engagement unsere Arbeit im Ortsverband, die Beratungen im Bau- und Planungsausschuss und den Denkmalschutz.

Seiner Familie und seinen Freunden gilt unser tiefstes Mitgefühl.

Wir vermissen ihn.

Die Grüne Ratsfraktion und der Ortsverband von Bündnis90/DIE GRÜNEN Telgte



- Photovoltaik
- Thermische Solaranlagen
- Pelletheizungen
- Prüfung von Solaranlagen

• Verkauf • Beratung • Planung • Montage •

W. Schneider-Reif
Kleikamp 2
48351 Everswinkel

Tel.: (0 25 82) 90 22 16
Fax: (0 25 82) 90 21 65
solar-konzept@t-online.de
www.solar-konzept.net



Die Gaststätte mit großem Biergarten direkt am Emsauenweg!

Kaminzimmer bis 30 Personen
Di.-Fr. 17.00-1.00 Uhr
Sonn- + feiertags ab 11.00 Uhr
Frühschoppen
Montag Ruhetag

Inh. Fam. Brandes
Emsstraße 25 – Tel. 0 25 04/66 00
oder 01 71/692 34 90

Grüner wär' schöner!

Die Flächen für die Ansiedlung neuer Gewerbe sind in Telgte weitgehend vergeben. Deshalb unterstützen Die Grünen den Bürgermeister Wolfgang Pieper bei seiner Linie, neue Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen.

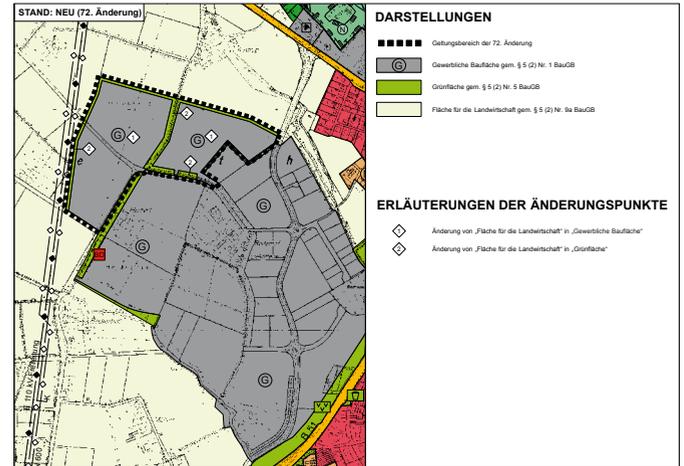
Unsere Zielsetzung dabei ist, Gewerbebetrieben in Telgte eine Ansiedlung zu ermöglichen und hier Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei möchten wir unsere städtische Wirtschaftsförderung so ausrichten, dass Betriebe mit nachhaltigen Produkten und einer hohen

Flächeneffizienz der Vorrang eingeräumt wird. Es soll ein durchgrüntes Gebiet entstehen mit vielen Solaranlagen auf den Gewerbehallen. Die Leitlinie für die Kiebitzpohl-Erweiterung soll ein qualitatives Wachstum, und nicht eine quantitatives um jeden Preis, sein.

Hier unterscheiden wir uns deutlich von CDU und FDP, die schon angekündigt haben, keine Beschränkungen zu wollen. Der Regionalplan aber hat das flächenmäßige Wachstum der Stadt Telgte für die

nächsten 15 Jahre deutlich begrenzt. Deshalb sind wir gut beraten, wenn wir als Stadt mit der Vergabe der Flächen sorgsam umgehen.

Auch bei der Abgrenzung der geplanten Gewerbeflächen war die CDU zwischendurch auf die ganz abwegige Idee gekommen, die Flächen dort auszuweisen, wo die Eigentümer sich klar geweigert hatten, Flächen zur Verfügung zu stellen. Schließlich musste die CDU in der letzten Sitzung vor Weihnachten dann doch einsehen, dass nur die vom Bürgermeister



Gewerbegebietserweiterung

Pieper vorgeschlagene, leicht modifizierte Planung ziel führend ist.

In den nächsten Planungsschritten wird es darum ge-

hen, die Ausgestaltung des Gewerbegebietes zu konkretisieren. Das werden noch spannende Diskussionen.

Udo Woltering

» Ich wähle Wolfgang Pieper, weil er seine erste Amtszeit mit Bravour gemeistert hat. Er weiß als Telgter was wichtig ist für unsere Stadt. «

Sabine Ostendorf

Deutschland - uneinig Vaterland Deutschland spaltet sich in Arme und Reiche

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass es zu Protesten in Deutschland kommt. Häufig ist die Ursache eine diffuse Angst gegen Veränderungen zum Nachteil vieler. Besonders deutlich wird diese Angst bei den Kundgebungen "besorgter BürgerInnen" gegen den weiteren Zuzug von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Woraus resultiert diese Angst? In den letzten Jahren ist die Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland weiter angewachsen. Immer weniger Personen besitzen immer mehr. Umgekehrt müssen

sich immer mehr Personen mit immer weniger zufrieden geben. Viele befürchten den sozialen Abstieg. Aus dem "Wohlstand für alle" der Nachkriegszeit ist ein "Luxus für wenige" geworden. Ein Konkurrenzkampf zwischen den Ärmsten um die Sozialleistungen des Staates ist entbrannt.

Hier noch einmal die Fakten:

- Nur 10 Prozent der Deutschen besitzen offiziell mehr als die Hälfte des Vermögens. Aufgrund der unvollständigen Datenbasis kann man von drei Vierteln des gesamten Vermögens

ausgehen!

- Das reichste Prozent der Deutschen besitzt sogar ein Drittel des Vermögens.

- 50 Prozent der Deutschen besitzen gerade einmal ein Prozent des Vermögens - also faktisch nichts.

- Weltweit besitzen die reichsten 62!! Personen genauso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte - also über drei Milliarden Menschen - zusammen.

- Jedes Jahr werden allein in Deutschland mehr als 250 Milliarden Euro vererbt. An Erbschaftsteuer - ja, sie gibt es wirklich - fallen davon ca. 6 Milliarden Euro an. Das sind weniger als drei Prozent!

Und der Trend zur Vermögenskonzentration hält unvermindert an - die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer.

Warum aber ist das so? In seinem vielbeachteten Buch "Das Kapital des 21. Jahrhunderts" begründet Thomas Piketty diese Tendenz mit der einfachen Tatsache, dass die durchschnittlichen Kapitalerträge - also das Einkommen aus Vermögen

- über dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum liegen. Damit steigen die Vermögen überproportional und die Einkommen aus Erwerbstätigkeit unterproportional - die Kluft wächst.

Wie könnte man das ändern? Um diese Entwicklung zu stoppen oder sogar umzukehren, müssen Vermögen und Kapitalerträge deutlich höher besteuert werden als bisher.

Was aber ist die Realität? Die Vermögenssteuer findet zurzeit nicht statt. Das Bundesverfassungsgericht hat die Praxis der bis 1997 erhobenen Steuer aufgrund der Ungleichbehandlung von Immobilien gestoppt und der Regierung zur Nachbesserung aufgefordert. Passiert ist seitdem aber nichts!

Die Erbschaftsteuer ist zur Bagatellsteuer verkommen. In fast keinem anderen europäischen Land ist sie so gering wie in Deutschland.

Und Kapitalerträge werden aus unerfindlichen Gründen deutlich geringer besteuert als Einkommen aus Erwerbstätigkeit.

Warum aber ist das so? Es fehlen der politische Wille und der Mut zur Veränderung. Die Angst vor Arbeitsplatzabbau, vor Steuerflucht oder einfach die Angst vor Veränderung lähmen die politisch Handelnden.

Was aber bedeutet das? Es fehlt Geld für viele notwendige Ausgaben, um die Zukunftsfähigkeit unseres

Landes zu sichern:

- Bessere Schulen mit mehr Lehr- und Betreuungskräften für kleinere Klassen und individuelle Förderung

- Auskömmliche Sozialleistungen für alle die, die mit den Anforderungen der modernen Gesellschaft nicht mehr klar kommen

- Angemessene Renten für alle, die ein Leben lang gearbeitet haben

- Kostenlose Kitabe-suche für alle Kinder

- Auflösung des Investitions- und Instandhaltungsstaus bei der öffentlichen Infrastruktur

- Entschuldung der Kommunen und Ausstattung der Kommunen mit ausreichenden finanziellen Mitteln

Was ist zu tun? Jeder einzelne ist gefordert, seinen politischen Einfluss zu nutzen. In Gesprächen mit Bekannten, in der Öffentlichkeit, mit Politikern und bei der nächsten Wahl.

Nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten. Und das werden immer weniger. Lassen wir uns unseren Staat und unsere Gesellschaft nicht von einigen wenigen - den Reichen - kaputt machen. Nicht der Islam (oder irgendeine andere Religion oder Ideologie) gefährdet unsere Gesellschaft, sondern die zunehmende Ungleichheit in Deutschland.

Peter Spieker

Möbel für Anspruchsvolle

A Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

➤ Exklusiver Innenausbau	➤ Küchen- und Badmöbel
➤ Einbaumöbel	➤ Schiebetürsysteme
➤ Fenster und Türen	➤ Restaurierung
➤ Massivholzmöbel	➤ Sonderanfertigungen

Berdel 30 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

„Making-of“

Der Job hinter den Kulissen

Sie haben sie sicherlich schon bemerkt, die Plakate an Laternen und Bäumen, die Anzeigen in der Zeitung, die Titel- und Rückseite unseres Pöggskens und vielleicht sind wir Ihnen auch bei Facebook schon über Ihre Timeline gelaufen oder Sie haben dieses Pöggsken am Informationsstand erhalten.



Bild: g.k.

in Telgte, eigentlich Wahlkampf machen.

Schon im Sommer des letzten Jahres gründete sich eine Gruppe, wir nennen sie KampaGruppe, um den Wahlkampf mit dem Bürgermeister(kandidaten) Wolfgang Pieper zu planen und zu organisieren.

Wir diskutierten über verschiedenste Slogans, die auf allen gedruckten Plakaten, Flyern, Broschüren und im Internet verwendet werden sollten. Wir diskutierten Plakatmotive, haben begonnen Fotos zu machen für die Plakate. Haben verschiedenste Wellen von Plakaten (die erste Welle kennen Sie schon, die zweite folgt an diesem Wochenende) entworfen und wieder verworfen.

Wir haben diskutiert, wie die sozialen Medien (insbesondere Facebook) eingebunden werden können und wie wir den Wahlkampf möglichst interaktiv gestalten. Denn für uns ist Wahlkampf die schönste Zeit um Politik zu machen. Vom Ton her sind die Debatten in Rat und Ausschüssen zwar deutlich rauer als sonst, aber der permanente direkte Dialog gerade auch mit Menschen, die sich sonst eher weniger

zu Wort melden, ist einfach super.

Wir haben auch verschiedenste Veranstaltungen diskutiert, verworfen und uns am Ende für die „Pieper stellt sich“ Tournee 2016 entschieden. Aber wir haben da auch noch ein paar Überraschungen in der Hinterhand...

Die können wir natürlich nicht verraten, denn Wahlkampf ist dem politischen Mitbewerber gegenüber auch immer Geheimniskrämerei.



Und manche Plakate oder Aktionen wirken auch nur, wenn Sie überraschend für die Zielgruppe sind.

Jetzt aber genug geschrieben und einfach ein paar der Fotos, die es nicht aufs Plakat oder nicht einmal ins Internet geschafft haben.

Marian Husmann



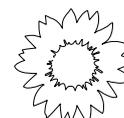
Bild: Beate Komnik



Ein Teil der Kampagruppe bei der Arbeit

» Ich wähle Wolfgang Pieper als Bürgermeister, weil er ein Bürgermeister ist, wie man sich einen Bürgermeister vorstellt: Er wohnt vor Ort, hat für jeden Bürger und dessen Probleme ein offenes Ohr, geht auf die Menschen zu und begegnet ihnen auf Augenhöhe. «

Gunther Thieme



Die CDU und der Sack Reis

Die Posse der Zuständigkeitsordnung

In einer Stadt muss ja alles Mögliche gemacht werden. Da gibt's dann wichtige Sachen und unwichtige, Dinge, wo Entscheidungen getroffen werden müssen und solche, die einfach nur gemacht werden müssen.

ist. Dazu zählt die Denkmalpflege und die Unterschutzstellung an sich.

Also landen auf der Tagesordnung immer wieder Beschlussvorschläge zur Unterschutzstellung, in denen

ist. Also – logisch - gab es immer wieder Fälle, in denen der Ausschuss das aber nicht will, was die Denkmalbehörde vorlegt und ablehnt.

Der Bürgermeister muss den Beschluss dann bean-

Bürgermeister dann an, den Beschluss zu ersetzen und die Unterschutzstellung vorzunehmen.

Nachdem das einige Male so gelaufen ist, weigerte sich die CDU, sich damit zu befassen, wenn sie ja gar nichts entscheiden kann. Der Bürgermeister macht sich schlau und stellt fest, dass die Unterschutzstellung sonst überall von der Verwaltung vorgenommen wird, und handhabt

Sinn des Gesetzes entspricht, in Telgte aber so nicht geht, weil das eben anders in der Zuständigkeitsordnung steht.



Der Bürgermeister schlägt dem Rat also vor, die Zuständigkeitsordnung zu ändern, der Rat lehnt aber ab. Also bleibt alles beim Alten: Ausschuss lehnt ab, Bürgermeister beanstandet, Ausschuss lehnt ab, Bürgermeister wird vom Landrat angewiesen, den Beschluss zu ersetzen.

So ist das in Telgte.

Gerd Klünder

» Ich wähle Wolfgang Pieper bei der nächsten Bürgermeisterwahl, weil ich ihn als kompetent, sehr persönlich, offen, freundlich, für alle Probleme aufgeschlossen und bereit auf den Bürger zuzugehen, kennengelernt habe. «

Helmut Kopp

der Ausschuss aber nicht wirklich entscheiden kann, weil die Stadt dabei an die Weisung der oberen Denkmalbehörde beim Landschaftsverband gebunden

standen und dem Ausschuss nochmal vorlegen. Der Ausschuss lehnt wieder ab, der Bürgermeister muss das dem Landrat als Aufsichtsbehörde melden und der weist den

das dann auch in Telgte so. Das passt der CDU aber auch nicht und sie beschwert sich beim Landrat. Der Landrat schreibt, dass das Vorgehen des Bürgermeisters zwar dem

Mogelpackung Minijobs

Keine Perspektive für geringfügig Beschäftigte

Fast sieben Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in einem sogenannten Minijob, davon sind die Hälfte bis zwei Drittel Frauen. Aber anders als bei ihrer Einführung gehofft, steht nun fest, dass Minijobs keine Brücke in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis sind. Sie verhindern sogar oft den beruflichen Aufstieg.

Zudem bekommen 84 Prozent aller Minijobbenenden nur einen Niedriglohn bezahlt. Ist dies der einzige Job, können die Beschäftigten keine Altersvorsorge betreiben. Altersarmut ist vorprogrammiert und besonders trifft es die Frauen. Durch das geänderte Unterhalts-

und Witwenrentenrecht sind verheiratete Frauen bei einer Trennung oder dem Todesfall des Partners nicht mehr existenzsichernd abgesichert.

Die zu erwerbenden Rentenansprüche sind so gering, dass sie kaum zu einer Rente oberhalb der Grundsicherung führen.

In Bezug auf die Struktur der Minijobs im Kreis Warendorf fällt auf, dass sowohl der Anteil der Befragten in der Haupterwerbsphase von

25-49 Jahren mit 65,4 Prozent als auch der Anteil der Befragten, die mit einer weiteren Person im Haushalt leben, die Leistungen des Job-

nijob tätig. Und dann ist die die Minijobquote im Münsterland im Vergleich zu anderen Regionen sehr hoch. Eine Ursache für die

oft gewählte Steuerklassenkombination drei und fünf. Auffällig ist, dass in anderen Kreisen wie im Kreis Herford seit 2004 zehn Prozent der Vollzeitangebote weggefallen sind, während Teilzeit und Minijobs im gleichen Umfang zugenommen haben.

Machte man die Minijob-Regelungen rückgängig, so wären alle Beschäftigungsverhältnisse steuer- und sozialversicherungspflichtig und alle Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnen könnten Sozialversicherungsansprüche erwerben.

Valeska Grap

» Warum Wolfgang Bürgermeister bleiben sollte? Weiß ich nicht. (Denkpause). Weil er einfach gut ist. Wir brauchen keinen anderen. «

Florian, 6 Jahre

center bezieht (42,3 Prozent), überdurchschnittlich ausfallen. Das bedeutet, dass die Sozialsysteme weiter durch die nötige Aufstockung im Rahmen von Hartz IV belastet werden.

36 Prozent aller beschäftigten Frauen im Kreis sind ausschließlich in einem Mi-

hohe Anzahl geringfügig Beschäftigter im Münsterland könnte in einer traditionell geprägten Geschlechterrollenverteilung liegen, was sich oft in einem Ernährer/Hinzuverdienerin-Modell zeigt. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die Wirkung des Ehegattensplittings und die

» Ich wähle Wolfgang Pieper, weil er sich mit viel Herz und Energie für unsere Stadt Telgte engagiert, ich ihn als kreativen Brückenbauer, Netzwerker und nah bei den Menschen und ihren Fragen und Nöten erlebe. «

Hans-Georg Hollenhorst

Die aktuelle
Frühjahrs-Mode
ist eingetroffen!

Kalines Welt - Faire Mode & Accessoires
Bahnhofstr. 20 · 48291 Telgte · 02504-98649738
Di, Do, Fr 10-5, 15-18, Sa 10-5


Augenoptik am Baßfeld
Ursula Mindermann
Dipl. Ing. für Augenoptik, IVBV, WVAO

Baßfeld 12 · 48291 Telgte · Fon 0 25 04 - 5050 · Fax - 5060
mindermann-augenoptik.de · info@mindermann-augenoptik.de

Telgte Erlesene Weine - Spirituosen - Feine Kost Markt 8
incl. freundlicher und kompetenter Beratung


KRÖGER'S FINEST
Inhaberin Heidi Kröger
Geschmacksachen für Genießer
Kunst - Genusskultur - LebensArt
nach fast 15 Jahren in der Steinstraße 5
jetzt seit einem Jahr am Markt 8

www.kroegersfinest.de
Telefon 02504 18995

Impressum

Zeitung der Grünen Telgte
Ratsfraktion & Ortsverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Auflage: 8.400 Stück

Anschrift: Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte

V.I.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge:
Bernhard Drestomark, Sabi-
ne Grohnert, Valeska Grap,
Marian Husmann, Gerd Klün-
der, Wolfgang Pieper, Katja
Müller, Tatjana Scharfe, Peter
Spieker, Udo Woltering

CDU gehen die Themen aus

Haltlose Angriffe auf Landwirtschaftsminister Remmel

Offensichtlich macht der grüne Bürgermeister zu viel richtig und die Grünen in Telgte bieten nicht genug Angriffsfläche, weil für die CDU immer wieder landespolitische Themen herhalten müssen, um gegen Grün zu agitieren.

Im Zusammenhang mit der Ausweisung des neuen Gewerbegebietes kam von den Landwirten der CDU-Fraktion immer wieder der Vorwurf, durch das neue Naturschutzgesetz des Grünen NRW-Umweltministers Remmel würde der Bedarf an Ausgleichsmaßnahmen erheblich steigen. Dies würde auch die Kosten für die Gewerbeflächen deutlich erhöhen.

Nichts davon ist wahr. Ein Blick in den Gesetzesentwurf hilft da. Dort wird lediglich eine Deckelung der Ausgleichsmaßnahmen aufgehoben, die bisher verhindert, dass zum Beispiel Eingrif-



fe in ökologisch besonders wertvolle Biotope höher als 1:1 ausgeglichen werden; in der Fachöffentlichkeit eine heftig kritisierte gesetzliche Festlegung der vormaligen CDU/FDP-Landesregierung. Solche hochwertigen Biotope werden bei den Siedlungserweiterungen an den Stadträndern von Telgte nicht in Anspruch genommen. Deshalb sind diese Hinweise der CDU falsch und überflüssig.

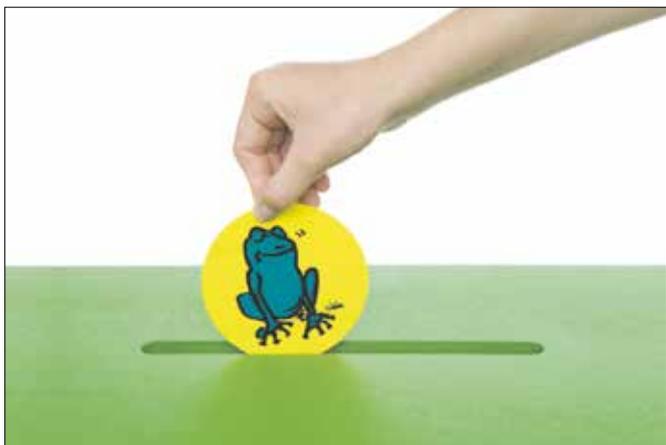
Auch die Vorwürfe von CDU und Christoph Boge an Minister Remmel, die

Lärmschutzverordnung zu Lasten von Schützen- und Karnevalsvereinen zu verschärfen, sind falsch. Die Westfälischen Nachrichten recherchierten und stellten fest, dass die Festlegung der jetzt heftig kritisierten Grenzwerte noch auf Minister Uhlenberg, CDU, zurückgeht. Minister Remmel stellt klar, dass den Schützenfesten auch in Zukunft die Lärmschutzverordnung nicht im Weg steht.

Allerdings ist der Lärmschutz häufig eine ernstzunehmende Aufgabe, wie wir es bei den Ritterspielen immer wieder erleben. Letztlich ist es auch notwendig, dass den Gemeinden ein Instrumentarium zur Verfügung steht, um ausufernde Lärmbelastung entgegen wirken zu können.

Udo Woltering

Wählen ist Bürgerpflicht!



Sind wir doch mal ehrlich. Wenn Sie diesen Artikel lesen, gehören Sie zu den Leuten, die sich aktiv mit Politik auseinandersetzen. Was soll ich Ihnen noch darüber erzählen, wie wichtig es ist, wählen zu gehen. Ich könnte an den arabischen Frühling erinnern und daran, wie Menschen für ein Wahlrecht gestorben sind. Ich könnte auch ganz tief im Geschichtsbuch kramen und die Französische Revolution bemühen. Oder aber

ich könnte sagen, dass wer nicht zur Wahl geht, die Wahl anderen überlässt.

Aber ich glaube, dass Sie wählen gehen werden, weil es Ihnen eine Herzensangelegenheit ist. Sei es nun, ob sie Pieper oder Wittebrock wählen wollen, sie wollen wählen gehen. Das ist doch einfach großartig! Demokratie lebt nun einmal von Mitbestimmung, und die funktioniert durch Wahlen.

Bei der letzten Bürgermeisterwahl war die Wahlbetei-

gung in Telgte recht hoch, was auch an der parallel stattfindenden Landtagswahl gelegen haben mag. Die Erfahrung zeigt, dass wenn nur eine (in der Wahrnehmung eher untergeordnete) Wahl stattfindet, die Beteiligung extrem sinkt. In manchen Städten in NRW nahmen bei der (singulären) Bürgermeisterwahl im September nur ungefähr 30 Prozent ihr Wahlrecht in Anspruch.

Sie und ich, die ja wählen gehen, können uns ja mal überlegen, wie wir mehr Wahlbeteiligung hinbekommen. Ich habe eine diffuse Vermutung, wer in meinem Freundeskreis nicht wählen gehen könnte. Daher schreibe ich diesen Leuten seit Jahren immer wieder am Wahlsonntag eine nette und individuelle SMS/WhatsApp-Nachricht und erinnere sie an die Wahl und wie lange die Wahllokale noch geöffnet haben. Wenn jetzt Sie und ich jeweils fünf Leu-

ten Bescheid geben, dann steigt die Wahlbeteiligung bestimmt. Wählen geht übrigens auch ohne die Wahlbenachrichtigung, die Ausrede zieht nicht! (Notfalls können Sie bei Unsicherheiten ja auch die Gründe für Ihre Wahlentscheidung erläutern.

Am 17. Mai ist die Auswahl ja auch nicht so kompliziert.) Also auf geht's! Machen Sie mit! Gemeinsam bekommen wir mindestens 70 Prozent Wahlbeteiligung hin!

Marian Husmann

Partei ergreifen!

Sie haben bestimmt schon einmal Partei ergriffen, sei es bei einer Diskussion, bei einem Fußballspiel oder bei einem Streit zwischen FreundInnen? Bestimmt aber haben Sie noch nicht mit dem Gedanken gespielt, wirklich Partei zu ergreifen und Mitglied zu werden.

bieten. Sie verlassen die passive Rolle und machen plötzlich aktiv Politik. Sie können im Ortsverband eigene Themen für Veranstaltungen setzen, Sie können in der Ratsfraktion mitarbeiten und auch mitentscheiden und Sie können sich auch auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene

Arbeit von Ortsverband und Fraktion unterstützen willst, kannst du auch all diese Arbeit und Ideen durch deine Mitgliedschaft unterstützen. Denn gute politische Arbeit kostet Geld. Veranstaltungen, ReferentInnen, Fortbildungen, Räume, Demonstrationen oder Busse zu solchen

» Ich wähle Wolfgang Pieper, weil er für offene und sympathische Politik steht. Er lebt seine Überzeugung und ist daher die richtige Wahl für mich. «

Stefan Möller, 25 Jahre

Stellen wir das Negative doch mal ganz an den Anfang und sind grundehrlich, denn wir wollen Sie ja gewinnen. In einer Partei fällt monatlich ein gewisser Mitgliedsbeitrag an, wie in jedem anderen Verein auch. Das Tolle ist aber, dass Sie diesen, wie übrigens auch Spenden, zu 50 Prozent von der Steuer absetzen können. Das war es jetzt aber auch schon mit den Nachteilen.

Denn die Mitgliedschaft in einer Partei hat viel mehr zu

engagieren. Sie sind plötzlich Mitglied einer bunten engagierten Truppe von Telgterinnen und Telgtern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Stadt immer wieder ein kleines bisschen lebenswerter zu machen. Wie genau das aussehen kann, gestalten Sie mit uns mit. Gestaltest DU mit uns mit, bei den Grünen duzen sich nämlich alle.

Wenn es dir aber an Zeit mangelt, du dich nur sporadisch einbringen kannst oder du einfach nur die bisherige

finanzieren sich nicht nur alleine durch die Abführungen der Ratsmitglieder. Die Möglichkeiten sind also sehr sehr vielfältig. Gerade jetzt im Wahlkampf ist ein super Zeitpunkt zum Einstieg. Sprich uns einfach an, am Stand, im Netz, am Telefon (9335136 – Marian Husmann) oder per Mail (ich-will@gruene-telgte.de) Wir freuen uns auf dich! PS: Du kannst natürlich auch einfach erstmal reinschnuppern!

Marian Husmann

die Waldmeisterin 
KRÄUTER, KÜCHE & GENUSS 

Auf geht's in die Wildkräutersaison 2016...
Kommen Sie mit auf einen Wildkräuterspaziergang am 01.04. um 19 Uhr. Weitere Infos und Termine finden Sie unter www.die-waldmeisterin.com
Herzlichst, Ihre Conny Austermann

ZWEIRAD ROSS 
WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE
SCHÜRENSTRASSE 7-9 • SASSENBERG • TEL.: 02583/1005

„Ich bin dann mal weg ...“

FOCUS



AVENTURA DONNA

Motor	Mittelmotor Impulse 2.0
Akku	Impulse Li-Ion 17 Ah
Display	Impulse Small LCD Display
Schaltung	Shimano Deore, 9-fach
Bremsen	hydraulische Scheibenbremsen

- Reichweite Akku bis 205 km (optimale Bedingungen)

€ 2.499,-

Kontaktadressen

Ortsverband: Marian Husmann Münsterstraße 5 48291 Telgte Tel: 9335136	Ratsfraktion: Sabine Grohnert Hasenkamp 45 48291 Telgte Tel. 7 70 96
---	--

**WOLFGANG
PIEPER**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



**GUTES
WEITER
FÜHREN**

**TELGTE WÄHLT
DEN BÜRGERMEISTER AM 17. APRIL**